

**Andreas Beran, MdL**

**Rede zum Neujahrsempfang des SPD Ortsvereins Barmstedt  
am 9. Januar 2011**

**Thema: „Wie sozial ist unser Staat?“**

**Begrüßung**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen

Zunächst einmal die besten Wünsche zum Neuen Jahr. Viel Glück, alles Gute und vor allem Gesundheit in 2011.

**Einleitung/Fragestellungen**

Wann geht es einem gut?

Im Kern ist die Antwort klar: Wenn man nicht allein ist. Wenn man die Gewissheit hat, dass bei Not, Leid, Krankheit, Bedürftigkeit Hilfe da ist. Kurzum, das der Mensch für den Menschen da ist.

Die Gesamtheit der Menschen, das ist bei uns der Staat und deshalb freue ich mich, über das Thema „**Wie sozial ist unser Staat?**“ das uns heute zu Beginn des Jahres zusammenbringt. Als langjähriger Sozialpolitiker und stellvertretender Vorsitzender des Verbandsrats beim PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein (in dieser Funktion spreche ich heute jedoch nicht zu Ihnen) will ich darum gern meine Sicht darlegen und damit zur Diskussion über den Wert des Sozialstaats beitragen.

Bevor wir uns die Frage stellen, wie sozial unser Staat eigentlich ist, sollten wir uns fragen, was sagt unsere Verfassung, das Grundgesetz, dazu? Da gibt es zwei wichtige Quellen:

Der Art 20: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

und

Der Art 28: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.“

Das Grundgesetz bezeichnet also unseren Staat als einen demokratischen und sozialen Bundes- und Rechtsstaat. Damit wird ausgedrückt, dass sich die Gesetzgebung in unserem Staat auch um soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern hat, also - kurz gesagt - auch Sozialpolitik zu betreiben hat.

Zu verdanken haben wir diese Tatsache vor allem auch der Hartnäckigkeit der 27 sozialdemokratischen Mütter und Väter des Parlamentarischen Rates, unter ihnen der Rechtsprofessor Carlo Schmidt.

Der Sozialstaat verpflichtet sich auch, allen Bürgern soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Der Begriff "sozial" kommt aus dem Lateinischen und heißt "gemeinsam", "verbunden". Es

soll niemand allein gelassen werden, wenn er durch schwierige Umstände wie zum Beispiel Krankheit oder Arbeitslosigkeit in Not geraten ist.

Bedeutet es nun, dass die Schwachen in unserer Gesellschaft unterstützt werden und dass die Reichen hierzu ihren finanziellen Beitrag leisten? Wieweit sind Leute mit überdurchschnittlichem hohem Einkommen bereit, sich am Sozialstaat zu beteiligen?

Was bedeutet für uns der Begriff „Sozialstaat“? Bedeutet es Stärkung der Schwachen, die nicht aus eigener Kraft ihre Existenzsicherung betreiben können? Oder dass alle Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut durch den Staat abgesichert werden?

Eine Definition lautet:

*„Der Sozialstaat verfolge das Ziel, dem Menschen insbesondere in unverschuldeten Notlagen, die aus eigener Kraft nicht mehr bewältigt werden können, zur Seite zu stehen und darüber hinaus durch langfristig angelegte Maßnahmen vorzubeugen.“*

Aber reicht uns das als Erklärung aus? Wer ist denn der Sozialstaat, wie soll dieser sich finanzieren? Wenn Teile der Gesellschaft einen Unterstützungsbedarf haben, wer zahlt dafür? In der Literatur fand ich dazu folgende interessante Aussage:

*„Teile Deinen Wohlstand mit denen, denen keiner hilft! Man ist nicht schon sozial, wenn man den Staat auffordert mehr für Menschen in Not zu tun. Sondern erst dann, wenn man selbst hilft. Menschlichkeit kann man nicht delegieren.“* Ich habe dies in dem Buch „Teile Dein Glück“ von Jürgen Todenhöfer gefunden, einem bekannten CDU-Politiker.

Dies könnte doch schon ein guter Ansatz für einen gut funktionierenden Sozialstaat sein. Doch wie sieht die Realität aus?

### **Analyse/Sachstand**

Eine großangelegte Studie zeigt: Bei der Gerechtigkeit ist der deutsche Sozialstaat nur Mittelmaß. Besonders ungerecht sind die Bildungschancen verteilt. Mangelhafte Bildung und Ausbildung führt natürlich auch zu schlechteren Chancen sich aus eigener Kraft eine finanziell ausreichende Existenz aufbauen zu können. Deutschland ist eine vergleichsweise ungleiche Gesellschaft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, die 31 Industriestaaten untersucht hat. Deutschland habe bei der sozialen Gerechtigkeit "einen Nachholbedarf", schreiben die Autoren.

Mit Rang 15 landet Deutschland in der Gesamtwertung nur im Mittelfeld. Besorgniserregend sei die hohe Kinderarmut. Außerdem hänge der Schulerfolg von Jugendlichen zu stark von der sozialen Herkunft ab. Und trotz Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt haben es Geringqualifizierte schwer, einen Job zu finden. Der DGB spricht von einem "Armutszeugnis" für Deutschland

Die Wissenschaftler stützen sich auf einen Armutsbegriff, der den Wohlstand eines Landes zugrunde legt: Als arm gelten Haushalte, die mit weniger als der Hälfte des mittleren Einkommens auskommen müssen (jenem Wert, bei dem 50 Prozent aller Haushalte darüber und 50 Prozent darunter liegen).

Sehr viele 18- bis 25-Jährige sind nach dieser Definition in Deutschland ebenfalls arm. Zum Teil hängt dies zwar mit langen Ausbildungszeiten zusammen. Dennoch warnt die Bertels-

mann-Stiftung, "die soziale Schieflage zulasten künftiger Generationen könnte sich als schwere Hypothek für die Zukunft des deutschen Sozialstaats erweisen."

Positiv wertet die Studie, dass Deutschland gut durch die Wirtschaftskrise gekommen sei. Dennoch erreicht die Bundesrepublik bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit nur den vorletzten Platz.

In Deutschland öffnet sich dagegen die Schere zwischen Arm und Reich. Die Ungleichverteilung habe innerhalb von zwei Jahrzehnten so stark zugenommen wie in kaum einem anderen Industriestaat. Auch bei der Integration von Migranten erhält Deutschland schlechte Noten. Dass der Staat trotz hoher Sozialausgaben insgesamt nur mäßig abschneidet, wertet die Bertelsmann-Stiftung als "Zeichen unzureichender sozialpolitischer Effektivität".

## Entstehung

Wie ist es dazu gekommen? Auslöser war eine repräsentative Umfrage in 1998. Danach stand die Mehrzahl der Deutschen der Marktwirtschaft kritisch gegenüber, wünschte sich auch in Zukunft einen starken Sozialstaat.

Den Arbeitgebern standen die Haare zu Berge. Sie beschlossen, das störrische Volk ins Visier zu nehmen. Der Plan: eine systematische Umerziehung von oben - durch PR. Denn da war sich der damalige Sprecher von Gesamtmetall, Werner Riek, sicher: *„Das muss man doch vielleicht ändern können, dass das, was wir an notwendigen Reformen erkennen, auch von den Mitbürgern als eine positive Reform akzeptiert wird.“*

Kurz: Das ganze Volk muss auf Linie gebracht werden. Mit Geld, viel Geld. Fast 100 Mio. Euro wurden für zehn Jahre Meinungsmache investiert, über 30 Redakteure und Werbe-Profis der Agentur Scholz and Friends engagiert. Sie erfinden die so genannte „Neue Soziale Marktwirtschaft“ – gemeint ist natürlich: weniger soziale Marktwirtschaft.

Drei Botschaften werden den Menschen immer wieder eingebläut: Deutschland steht am Abgrund; Schuld sind der Sozialstaat und seine bornierten Anhänger; Rettung bringen nur harte Reformen nach dem Muster "Nehmt´s den Armen, gebt´s den Reichen".

Damit die Botschaft auch gehört wird, werden zahlreiche Prominente verpflichtet. Wissenschaftler und Sportler, aktive und ausrangierte Politgrößen aus allen Lagern. Sie fungieren als Türöffner bei den Medien.

Auf allen Kanälen sind die „Botschafter“ Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung. Dort treten sie als Vertreter von Parteien auf - oder als unabhängige Experten. Tatsächlich sind alle bei der gleichen Lobby im Boot – und fordern harte Einschnitte, von denen sie selbst nie betroffen sind.

Durch diesen Etikettenschwindel wird die öffentliche Diskussion manipuliert, sagt der Politologe Rudolf Speth. Er hat sich in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung wissenschaftlich mit der Initiative auseinandergesetzt – und mit ihrer Wirkung auf das Publikum. Dabei stellt er fest:

*„Wenn alle Botschafter der Initiative dasselbe sagen, dann heißt das ja, oder dann bedeutet das ja: Das muss richtig sein. Da kann gar nichts falsch liegen, wenn so ganz unterschiedliche Leute dieselbe Idee vertreten. Das andere ist aber, dass dadurch die Alternativen unsicht-*

*bar werden, denn es gibt Alternativen, aber die werden dadurch faktisch ausgeblendet oder nicht thematisiert. Also insofern hat die Initiative die Strategie, Alternativen unsichtbar zu machen.“*

(Dieser Text gibt einen Teil eines Fernsehbeitrags (plusminus) vom 30.08.2005 wieder.)

Dies fiel in die Zeit, als die Rot/Grüne – Bundesregierung mit Gerhard Schröder an der Spitze die Schwarz/Gelb ablöste. 1999 und 2000 war die Zeit, als man die Hoffnung hatte, dass es mit der Wirtschaft wieder bergauf geht. Die Wirtschaft schien wieder Fahrt aufzunehmen. Im Frühjahr 2000 hatten wir endlich wieder weniger als 4 Millionen Arbeitslose. Schröder hatte das Ziel ausgegeben, bis zum Ende der Legislaturperiode es auf unter 3,5 Millionen zu schaffen. Ein Ziel, an dem er sich messen lassen wollte.

Nicht nur das Institut „Neue Soziale Marktwirtschaft“ verbaute mit seiner Kampagne die Chancen dazu, auch andere Institutionen bereiteten den Weg für eine – eigentlich in dem Umfang nicht gewollte – sozialpolitische Reform, der AGENDA 2010 und ihren Hartz-Gesetzen.

So blieben die Wirtschaftswesen skeptisch: Im europäischen Vergleich liege Deutschland mit seinem Wachstum unter dem Durchschnitt. Eine Wende am Arbeitsmarkt sei auch nicht zu erwarten. Und überhaupt: Arbeitsmarktpolitisch sei die Bundesregierung auf dem Holzweg. Mit ihren arbeitnehmerfreundlichen Verbesserungen beim Kündigungsschutz, der Anhebung der Mindestlöhne auf dem Bau, den komplizierten Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung und zur Scheinselbständigkeit habe man den Arbeitsmarkt noch unflexibler gemacht.

Der Schlüssel zum Erfolg liege vielmehr in der „Lohnstruktur.“. Von Arbeitslosigkeit seien vor allem schlecht Qualifizierte betroffen, deren Arbeitsplätze einfach wegrationalisiert werden, wenn die Löhne zu hoch seien. Hier helfe nur ein Niedriglohnsektor. Damit dieser jedoch entstehen könne, sei es wichtig, die Sozialhilfe abzusenken. Nur dann steige der Druck, auch schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Beim Arbeitslosengeld sei die Bezugsdauer zu kürzen, bei der Arbeitslosenhilfe sei zu erwägen, sie ganz abzuschaffen. Würde das soziale Netz tiefer gehängt, würde sich auch der Lohnkorridor nach unten öffnen, billige Arbeitsplätze könnten entstehen.

Ich erinnere mich noch daran, dass uns in diesen Jahren auch immer wieder von der Wirtschaft vorgehalten wurde, in unserem Land sei die Produktion von Waren zu teuer durch zu hohe Löhne und man müsse deshalb im Ausland produzieren. Entsprechend wurden auch weitere Arbeitsplätze abgebaut.

Teile der Medien unterstützen diese Kampagne durch Artikel, wo es zum Beispiel hieß, der deutsche Arbeitnehmer sei zu oft krank oder in Deutschland würde es zu viele Feiertage geben. Prompt gab es auch einen weniger, den Buß- und Betttag, im Zusammenhang mit der Reform der Pflegeversicherung. Ich habe mich in dieser Zeit oft gefragt, wie niedrig muss eigentlich ein Einkommen sein, um die Gier der Arbeitgeberverbände zu befriedigen. Mit einem Lohn, wie in einem Lohnniedrigland, hätte man sich ein Leben in seinem Heimatland nicht leisten können.

Unter diesem erzeugten Druck, der auch noch verstärkt wurde durch die steigenden Staatsschulden und den Finanzvorgaben durch Brüssel, wurde die „Politik der ruhigen Hand“ aufgegeben und eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Peter Hartz beauftragt, ein neues „soziales“ Konzept vorzulegen.

Die Grundidee, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zusammenzulegen und die Philosophie „Fordern und Fördern“ finde ich nach wie vor richtig. Hiervon versprach ich mir, dass auch die Bezieherinnen von Sozialhilfe wieder eher eine Chance auf Arbeit bekamen. Das zweigleisige Projekt „Z.I.E.L.“ (Zentrum für Integration, Einkommen und Leben) in Kaltenkirchen hat uns Ende der 10er Jahre auch in der Praxis hierzu gute Ergebnisse gebracht. Auch viele andere Maßnahmen waren vom Grundsatz her richtig.

So wie die Hartz-Gesetze im Ursprung aussahen, konnten sie jedoch nicht Gesetzeskraft erlangen. Sie waren durch den Bundesrat zustimmungsbedürftig und in den Ländern regierten mit entsprechender Mehrheit im Bundesrat CDU oder CDU/FDP geführte Landesregierungen. Wir können also davon ausgehen, dass die Sozialreformen ein Kompromiss zwischen allen damals mitregierenden Parteien gewesen sind.

„Aktivierender Sozialstaat“ hieß das neue Leitbild. Mit seiner Hilfe sollte es gelingen, den Menschen den größten Abbau sozialstaatlicher Leistungen schmackhaft zu machen, den Deutschland je erlebt hatte.

Im Grunde ist genau das erreicht worden, was in der bereits erwähnten Umfrage von 1998 die Mehrzahl der Deutschen nicht wollte. Sie standen somit zu recht der Marktwirtschaft kritisch gegenüber und haben mit Hilfe einer der größten Kampagnen, die nach dem zweiten Weltkrieg jemals in Deutschland durchgeführt wurde mitgeholfen, den bisherigen starken Sozialstaat zu schwächen.

### **Was nun?**

Lassen Sie mich an dieser Stelle Ulrich Schneider, Bundesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN zitieren:

*„Hartz IV bedeutet Armut. Mit Hartz IV ist kein Auskommen, nicht einmal auf allerbescheidensten Niveau. Hartz IV ist noch härter als Sozialhilfe. Von Hartz IV leben zu müssen, heißt „abgehängt“ und ausgegrenzt zu sein, nicht mehr dazuzugehören.“*

Es sieht so aus, als haben wir mit der Hartz-Gesetzgebung, der Verhätschelung der Deutschen Wirtschaft, einer falschen Steuergesetzgebung und vielen anderen Entscheidungen den Pfad der Sozialen Gerechtigkeit verlassen. Dabei ist soziale Gerechtigkeit weit mehr als ein moralischer Anspruch oder ein christlicher Gedanke. Die soziale Gerechtigkeit hat seit Bestehen unseres Staates auch für sozialen Frieden gesorgt. Dies war immer auch ein wichtiger und überzeugender Standortfaktor, für den sich die Sozialdemokratie einsetzt.

Inzwischen diskutieren wir wieder über Fachkräftemangel. Wir fürchten den künftigen Streit um junge Auszubildende. Da wird es Zeit, sich um die durch Hartz IV von der Gesellschaft ausgegrenzten Menschen zu kümmern. Wir müssen mehr in sie investieren, in Bildung, für ein menschenwürdiges Leben.

Da klingt es für mich höhnisch, wenn nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für die Hilfeempfänger mal gerade eben 5,00 € mehr herauspringen und die Kinder sollen zufrieden sein, dass bei ihnen nicht gekürzt wurde.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Kritik am Gesetzentwurf zur Neubemessung der Regelsätze und zum so genannten Bildungs- und Teilhabepaket am 3. Dezember 2010 im Deutschen Bundestag sehr deutlich gemacht. Mangelhafte Umsetzung des Urteils des Bundesver-

fassungsgerichts, fragliche Verfassungskonformität der Regelsatzbemessung, mangelnde Praktikabilität des Bildungs- und Teilhabepakets – so lauten die zentralen Kritikpunkte.

Es gibt erhebliche Kritik an der Art und Weise, in der die Regelsätze ermittelt worden sind. Dieser Kritik schließe ich mich an:

- Die Veränderungen bei der Referenzgruppe von bislang 20% der unteren Haushalte auf nunmehr 15% sind nicht sachlich begründet. Dies ist ein Paradigmenwechsel, für den die Bundesregierung die Legitimation schuldig bleibt. So wird die Regelsatzerhöhung künstlich niedrig gehalten.
- Die Einbeziehung der Gruppe von „verdeckten Armen“ in die Berechnung führt ebenfalls zu niedrigeren Regelsätzen. Die sog. Aufstocker müssen aus der Berechnung herausgehalten werden.
- Die statistische Validität ist bei einer Vielzahl von Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht gegeben. Es kommt zu Vermischungen zwischen Warenkorb- und Statistikmodell. Beides hat Ungereimtheiten zur Folge. So ist nicht nachvollziehbar, warum 13- bis 17Jährige höhere Ausgaben für Tabak und Alkohol haben sollen als ihre Eltern. Die Festsetzung der Bedarfe von Familien ist insgesamt sehr zweifelhaft.

Es ist an der Zeit, eine Reform von Hartz IV vorzunehmen, damit die Armut in unserem Land wieder vermindert wird und die Menschen wieder mehr Chancengerechtigkeit in der Mitte unserer Gesellschaft erhalten!

Um aus der Armut herauszukommen ist nicht nur eine Reform von Hartz IV notwendig, sondern folgende sozialdemokratische Forderungen müssen erfüllt werden:

- Gute Aus- und Weiterbildung.
- Den Menschen Beschäftigung zu geben, also Arbeitsplätze zu schaffen.
- Mindestlohn, und vor allem gute Einkommen für gute Arbeit
- Gute Renten, gegen Altersarmut.
- Arbeit für Alleinerziehende

Ich lade Sie ein, sich daran zu beteiligen: Jede Bürgerin, jeder Bürger, besonders die Wohlhabenden, sind aufgefordert das ihre dazu beizutragen, dass unsere Gesellschaft sozial gerechter wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld.